



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

### **Gemeinsame Anstrengung für die Stärkung der Energieunabhängigkeit! Beschleunigungspaket für regenerative Energien vorlegen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag ein Beschleunigungspaket zur Nutzung der regenerativen Energien vorzulegen und dessen Eckpunkte noch vor Ostern in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu erläutern. Ziel des Beschleunigungspaketes soll es sein, das landeseigene Potenzial zur Energieversorgung über erneuerbare Energiequellen sowie Energieeinsparmöglichkeiten im Sinne der Energieunabhängigkeit schnellstmöglich und vollumfänglich nutzbar zu machen.

Dabei soll der Fokus zunächst auf die Bereiche mit dem höchsten Wachstumspotenzial in Bayern – also Wind- und Sonnenenergie sowie der Geothermie – zu legen. Das Beschleunigungspaket soll u. a. folgende Punkte enthalten:

- umgehende Abschaffung der landesspezifischen Hindernisse für den Windkraftausbau (Abschaffung 10H-Regelung, Überprüfung der Abstände zu Erdbebenmessstationen sowie Bauhöhenbeschränkung durch Minimum Vectoring Altitudes – MVA)
- Beschleunigungsprogramm PV-Ausbau (PV = Photovoltaik)
- schnellstmögliche Nutzung des Geothermiepotenzials für die Wärmeversorgung und Auflegung eines Förderprogramms zur Unterstützung der Kommunen und Energieversorger bei Explorationskosten
- Landesprogramm für Wärmespeicher sowie Sondereffizienzprogramm für private Bestandsgebäude durch breitangelegte Unterstützung bei Gebäudedämmung und Einbau von Wärmepumpen
- Verpflichtung größerer Kommunen zur kommunalen Wärmeplanung bei gleichzeitiger personeller und finanzieller Unterstützung durch den Freistaat
- Vorlage eines mit Zeitplan unterlegten Konzeptes zu Wasserstoffimport aus europäischen und außereuropäischen Ländern
- Absage an eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, da dies zu risikoreich und auch kurzfristig technisch nicht darstellbar ist

**Begründung:**

Die Entwicklungen der letzten beiden Wochen mochten nur die wenigsten vorhersehen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg mitten in Europa verlangt es uns allen ab, auch politische Grundüberzeugungen zu reflektieren und wenn notwendig auch zu korrigieren. Klar ist: Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik.

Das erfordert auch eine energiepolitische Nachjustierung. Bei vielen Entscheidungen steht zuerst der Bund in der Verantwortung. Entsprechend hat Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 schon erste Maßnahmen skizziert und betont, dass der Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten entgegenwirkt und der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden muss. Er geht hier konform mit Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Das entbindet uns in Bayern allerdings nicht von unserer Verantwortung, auf Landesebene alle Möglichkeiten, die im Gestaltungsbereich des Freistaates liegen, zu prüfen und in einem zweiten Schritt Maßnahmen kurzfristig anzupassen. Einige Dinge sind schon auf den Weg gebracht, müssen aber beschleunigt werden (PV-Ausbau und Nutzung der Geothermie für die Wärmeversorgung). Andere wurden in der Vergangenheit abgelehnt, hier bedarf es auch von der Staatsregierung die Aufgabe von jahrelanger Blockadehaltung (insbesondere 10H-Regelung).